

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 21.03.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:00 Uhr
Ort, Raum:	Tagungsraum im Dienstgebäude des FB 4 und des Jugendamts

Anwesend waren

vom Ausschuss:

Frau Adsan, Halise - Marburger Linke
Frau Böttcher, Bettina - SPD
Frau Dirmeier, Martina - SPD
Herr Kissel, Winfried - CDU
Herr Klee, Sascha - Piraten
Herr Muth, Stephan - CDU
Frau Dr. Perabo, Christa - B 90 / Die Grünen
Frau Seelig, Johanna - SPD
Herr Severin, Ulrich - SPD
Herr Sollwedel, Jan - B90/Die Grünen
Herr Vaupel, Dirk - CDU

Vertretung für: Frau Messik, Marion

Frau Messik, Marion - B90/Die Grünen entschuldigt
Herr Sawalies, Torsten - FDP entschuldigt
Frau Suntheim-Pichler, Andrea - BfM entschuldigt
Herr Dr. Uchtmann, Hermann - MBL entschuldigt

vom Magistrat: Bürgermeister Dr. Kahle, Stadträtin Dr. Weinbach

vom Seniorenbeirat: Herr Weiershäuser

vom Behindertenbeirat: Frau Mayer

vom Ausländerbeirat: Frau Laux

von der Verwaltung: Frau Volkert, Frau Braun, Herr Meineke, Herr Meyer

von der Presse: Frau Horst (Oberhessische Presse)

als Gäste:

Frau Bauder-Wöhr

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden im Tagungsraum der Fachbereiche 4 und 5 im Dienstgebäude Friedrichstraße 36 und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es wird bereits auf die kommende, für den 18. April 2012 geplante gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Sozialausschusses im Stadtverordnetensitzungssaal sowie des hierfür vorgesehenen, abweichenden Sitzungsbeginns um 16:00 Uhr hingewiesen.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15. Feb. 2012

Die Niederschrift der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2 Bericht des Jugendamtes über den Stand der IT-Einführung bei den Sozialen Diensten

Die Vorsitzende ruft diesen Tagesordnungspunkt auf und Herr Meineke erläutert den Kontext zur 136. Vergleichenden Prüfung, wonach die Aktenführung und die Zahlbarmachung entsprechender Vorgänge im Jugendamt getrennt voneinander im Allgemeinen Sozialen Dienst bzw. der Wirtschaftlichen Jugendhilfe zur Umsetzung eines Vier-Augen-Prinzips erfolgen sollen.

Herr Meyer führt aus, dass nach Festlegung der fachlichen Anforderungen und ortsspezifisch erwünschten Kriterien verschiedene Anbieter ausgewählt worden sind, die ihre Programme den Entscheidungsträgern und Nutzern hier vorgestellt haben. Am besten geeignet erschien die Software *Logodata*. Eine Entscheidung über die endgültige Anschaffung und Installation wird jedoch aufgeschoben, da der Anbieter die Funktionalität verschiedener Anwendungen noch gewährleisten muss.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet und die Vorsitzende bedankt sich für die Information über den Sachstand.

Die folgenden beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden von der Vorsitzenden gemeinsam zur Beratung aufgerufen:

**TOP 3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitäts Klinikum Gießen Marburg UKGM
Vorlage: VO/0966/2012**

Frau Bauder-Wöhr erläutert zu dieser Vorlage, dass die Fraktion Marburger Linke den eigenen Antrag für weiter gehend erachtet, als den Antrag der Koalition zu TOP 4.

Herrn Kissels Einwand, dass ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zum Thema Stelleneinsparungen am UKGM die effektivste Aussenwirkung hätte, stimmen die Ausschussmitglieder überwiegend zu.

Dem Vorschlag der Vorsitzenden, den Antrag zu TOP 3 noch einmal bis zur nächsten Ausschusssitzung zu vertagen, will die Fraktion Marburger Linke nicht folgen.

Die Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen: Der Antrag VO/0966/12 der Fraktion Marburger Linke wird einstimmig angenommen.

**TOP 4 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stellenabbau am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) ist zu verhindern.
Vorlage: VO/1070/2012**

Frau Böttcher spricht für die Antrag stellenden Fraktionen. Zu diesem Antrag liegt den Mitgliedern als Tischvorlage 1.) ein schriftlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie 2.) ein schriftlicher Änderungsantrag der Koalition zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor.

Frau Böttcher schlägt den Ausschussmitgliedern vor, den Änderungsantrag zu 2.) wie folgt zu fassen:

(die Textänderungen sind nachfolgend durch Unterstreichung gekennzeichnet)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die angekündigte Stellenstreichung am Universitätsklinikum Gießen-Marburg. Sollte diese Stellenkürzung Wirklichkeit werden, so bedeutet dies nicht nur einen Verlust von Arbeitsplätzen in der Region, sondern kann auch zu einer Einschränkung des medizinischen Angebotes als auch der Qualität der stationären Versorgung führen.

Der Magistrat wird daher beauftragt, sich bei Landtag und Landesregierung dafür einzusetzen

1. dass die Landesregierung die Leitung des Rhön-Konzerns, insbesondere der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Pföhler auffordert, den vorgesehenen Personalabbau von insgesamt bis zu 500 Stellen zu unterlassen. Das Klinikum braucht nicht weniger, sondern mehr Personal, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereich. Insbesondere soll darauf gedrungen werden, dass bis zu einer einvernehmlichen Lösung kein weiterer stillschweigender Personalabbau stattfindet, sondern Stellen, deren Verträge auslaufen, neu oder weiter besetzt werden.

2. dass sich die Landesregierung für eine gesetzliche Regelung qualitativer und quantitativer Personal-Mindeststandards an den Kliniken einsetzt, um bessere Arbeitsbedingungen und eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.

3. dass sie für alle diejenigen Beschäftigten, die auf Grund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Land zurückkehren, betriebsbedingte Kündigungen und Änderungskündigungen ausschließt und eine wohnortnahe Weiterbeschäftigung zusichert.

Herr Kissel erklärt für die CDU-Fraktion, den so formulierten Änderungsantrag zu übernehmen.

Dem so geänderten Ausgangsantrag der Koalition treten die Fraktionen CDU und Marburger Linke sowie die Piraten bei.

In der sich hieran anschließenden Abstimmung wird der wie vor geänderte Antrag einstimmig angenommen.

Im Einvernehmen zwischen der Vorsitzenden und den übrigen Ausschussmitgliedern soll trotz der Einstimmigkeit bei der Abstimmung im Ältestenrat für eine A U S S P R A C H E in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wegen der Bedeutsamkeit der Thematik plädiert werden.

**TOP 5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Unterstützung der Initiative „Steuer gegen Armut“ durch die Stadt Marburg
Vorlage: VO/0988/2012**

Herr Sollwedel spricht für die Antrag stellenden Fraktionen und die Vorlage wird im Ausschuss diskutiert.

Die Vorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 6 Verschiedenes

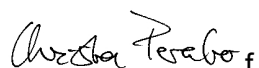
Die Vorsitzende erläutert das im Ältestenrat besprochene Verfahren hinsichtlich Vertretungen. Der Auszug aus der Niederschrift der entsprechenden Sitzung wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadträtin Dr. Weinbach informiert, dass sich die Fertigstellung des Gutachtens beim Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) verzögert und voraussichtlich erst in der Mai-Sitzung vorgestellt werden kann.

Weitere Themen liegen nicht vor.

Marburg, 23.03.2012

Vorsitzende:



**Dr. Christa Perabo
Stadtverordnete**

Protokoll:



**Peter Schmidt
Geschäftsstelle**